

5073/J XX.GP

der Abgeordneten Binder, Gaßner, Tegischer  
Genossinnen und Genossen  
an den Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie  
betreffend Jugendschutz und Jugendförderung

Im Sinne der Förderung und des Mitspracherechts der Jugendlichen in Österreich haben die unterzeichneten Abgeordneten eine Petition (Petition Nr 44 der Abgeordneten Binder, Gaßner, Tegischer betreffend Jugendschutz und Jugendförderung) eingebracht. In der Petition wird der Bundesgesetzgeber aufgefordert.

- im Bereich des Jugendschutzes den Kontakt mit den Landesgesetzgebern zu suchen,
- anstelle des Jugendschutzes die Jugendförderung in den Mittelpunkt zu stellen,
- die Einrichtung von Jugendbeteiligungs - bzw. - mitbestimmungsmodelle zu fördern,
- bundesweit einheitliche Jugendförderungsbestimmungen anzustreben.

Begründet wurde die Petition damit, daß die Jugendschutz- bzw. Jugendförderungsresetze in den einzelnen Bundesländern zum Teil für die gleiche Altersgruppe unterschiedlichste Bestimmungen enthalten, was besonders in den Grenzregionen zwischen zwei Bundesländern zu Problemen führt.

Die Einrichtung von Jugendbeteiligungs - und Jugendmitbestimmungsmodellen entspricht auch den Bestrebungen der Europäischen Union, die das Jahr 1998 zum "Jahr der Partizipation" ausgerufen hat.

Hinsichtlich der Stellungnahme des Bundesministeriums für Umwelt Jugend und Familie zur oben angeführten Petition stellen die unterzeichneten Abgeordneten folgende

Anfrage:

1. Wie ist Ihre Position zu der in der Petition geforderten Bestrebung, bundesweit einheitlichen Jugendförderungsbestimmungen in Österreich zu schaffen?
2. Wie beurteilen Sie die in der Petition vorgeschlagene Lösung, im Bereich des Jugendschutzes bzw. der Jugendförderung die Grundsatzgesetzgebung dem Bund und die Erlassung von Ausführungsgesetzen bzw. deren Vollziehung den Ländern zuzugestehen?
3. Was bedeutet im Detail der Beschluß, das Thema Mitbestimmung zum Schwerpunktthema der österreichischen EU - Präsidentschaft zu machen?
4. Welche Auswirkungen wird dieser Beschluß auf Österreich nach der EU - Präsidentschaft haben?
5. Welche Möglichkeiten sehen Sie, das politische Mitspracherecht der Jugendlichen in Österreich konkret zu fördern und zu verstärken?

6. In der von Ihrem Resort verfaßten Stellungnahme wurde festgestellt, daß seitens des Ministeriums sowie der Landesjugendreferate der in der Petition angesprochene Handlungsbedarf bereits erkannt wurde und entsprechende Maßnahmen eingeleitet wurden.
- a) Was sind das im einzelnen für Maßnahmen?
  - b) Welche weiteren Maßnahmen sind geplant?
  - c) Was ist das Ziel dieser geplanten und schon eingeleiteten Maßnahmen?